

FORDERUNGSKATALOG

Zukunftskompetenzen — Bildung für eine Welt im Wandel

Die Welt verändert sich schneller als Lehrpläne. Klimakrise, Digitalisierung und der Wandel der Arbeitswelt stellen Schüler:innen vor Herausforderungen, für die der klassische Unterricht keine ausreichende Grundlage bietet. Gefragt sind Zukunftskompetenzen — Fähigkeiten wie kritisches Denken, Medien- und Finanzkompetenz, soziale und politische Urteilsfähigkeit, Gesundheitswissen und nachhaltiges Handeln.

Schleswig-Holsteins Gymnasien wollen ihre Schüler:innen auf das Leben nach der Schule vorbereiten, doch bestehende Strukturen reichen dafür nicht aus: Politische Bildung bleibt meist fachspezifisch, Finanzwissen fehlt, psychosoziale Unterstützung ist knapp und Berufsorientierung oberflächlich. Gleichzeitig ist bekannt, dass gerade Zukunftskompetenzen für die Schüler:innen relevant sind. Hierbei sind auch viele Fachinhalte im Vergleich unterzuordnen und daher weniger wichtig zu betrachten als das Wissen, das den Schüler:innen tatsächlich mehr Perspektive in ihrer Zukunft bietet.

Wir als Landesschüler:innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein fordern daher eine verbindliche und systematisch verankerte Vermittlung von Zukunftskompetenzen. Acht konkrete Maßnahmen sollen beispielhaft zeigen, wie Bildung mit der Zeit gehen kann.

UNSERE 8 FORDERUNGEN

01

Finanzbildung in den Fachanforderungen Mathematik implementieren.

Forderung: Finanzbildung muss verbindlich in den Fachanforderungen Mathematik für Gymnasien in Schleswig-Holstein verankert werden. Die Inhalte umfassen Grundlagen der Geldanlage, nachhaltiges Investieren, langfristige Altersvorsorge, Budgetplanung sowie Aufklärung über Schulden, Abofallen und Vertragsstrukturen.

Begründung: Eine wirkungsvolle Finanzbildung legt den Grundstein für die Verringerung sozialer Ungleichheiten und fördert so die Chancengerechtigkeit, denn finanzielle Entscheidungen prägen das Leben junger Menschen unmittelbar nach der Schule, bspw. beim ersten Mietvertrag oder bei der Rentenvorsorge. Leider fühlen viele junge Menschen sich nach ihrer Schulzeit nur unzureichend auf finanzielle Themen und Herausforderungen vorbereitet. Der notwendige Ausbau der Finanzbildung an den Schulen kann nicht allein über das Fach Wirtschaft-Politik getragen werden. So eignet sich auch das Fach Mathematik, um die Inhalte praxisorientiert zu vermitteln und anzuwenden. Um schließlich eine verbindliche Finanzbildung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein zu sichern, die nicht vom Engagement einzelner Lehrkräfte abhängig ist, muss sie in den Fachanforderungen Mathematik verankert werden.

02

Jede Schule braucht mindestens ein verbindliches Projekt im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Forderung: Jede Schule muss mindestens ein verbindliches Projekt im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) pro Schuljahr durchführen. Begleitend sind ausreichende finanzielle Mittel für konkrete Maßnahmen bereitzustellen.

Begründung: Klimawandel, Ressourcenknappheit und der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft machen Nachhaltigkeitskompetenz zu einer Grundvoraussetzung für verantwortungsvolles Handeln. Jedoch ist Nachhaltigkeit bislang kein verlässlicher Bestandteil des Schulalltags. Es braucht konkrete Maßnahmen vor Ort, wie nachhaltige Ernährung in der Mensa und den Ausbau klimafreundlicher Energieinfrastruktur. Schule muss Bildung für nachhaltige Entwicklung ernst nehmen, nicht als Unterrichtsthema, sondern als gelebten Anspruch.

03

Mindestens drei zweiwöchige Praktika im Schulverlauf für bessere Berufsorientierung verbindlich einführen

Forderung: Im Verlauf der gymnasialen Schullaufbahn müssen mindestens drei Praktika mit einer Dauer von jeweils zwei Wochen verbindlich verankert werden. Jedes Praktikum ist durch eine strukturierte Reflexionsphase im Unterricht zu begleiten, in der Erfahrungen ausgewertet und Bezüge zur Berufs- und Lebenswelt hergestellt werden.

Begründung: Studien- und Berufswahl zählen zu den folgenreichsten Entscheidungen im Leben junger Menschen, jedoch werden sie häufig mit unzureichender Grundlage getroffen. Schüler:innen brauchen echte Einblicke in die Arbeitswelt, um fundierte Entscheidungen für ihre Zukunft treffen zu können. Wir sehen Praktika als wirksamste Maßnahme für die Berufsorientierung; dies bedeutet jedoch keinen Ausschluss weiterer Optionen. So braucht es Festlegung einer Überarbeitung des Berufsorientierungs-Seminar, sowie individuelle Ansätze wie Werkstatttage.

04

Digitale Bildung durch Medienteams strukturell an Schule verankern

Forderung: An jeder Schule sind Medien-Teams zu etablieren, die Medienkompetenz fördern und über Risiken digitaler Medien aufklären. Künstliche Intelligenz muss dabei von Beginn an als zentrales Thema mitgedacht werden. Ergänzend sind Schulsekretariate verbindlich mit mindestens zwei Personen zu besetzen.

Begründung: Digitale Bildung erfordert funktionierende Schulstrukturen und gezielte Aufklärung innerhalb der Schüler:innenschaft. Besonders der souveräne und kritische Umgang mit Künstlicher Intelligenz stellt eine neue, dringende Herausforderung dar: Schüler:innen nutzen KI-Werkzeuge bereits heute in großem Umfang, ohne ein systematisches Verständnis ihrer Funktionsweise, Grenzen und gesellschaftlichen Folgen entwickelt zu haben. Damit diese Kompetenzen wirksam vermittelt werden können, braucht es Entlastungen der Schulleitung, in Form von personeller Aufstockung im Sekretariat. Nur so ist Raum für neue strukturelle Verankerungen zu eröffnen.

05

Soziale Kompetenzen in jedem Fach in die Bewertung der Schulnote einfließen lassen

Forderung: Soziale Kompetenzen müssen in allen Unterrichtsfächern als verbindlicher Bestandteil der Leistungsbewertung verankert werden. Grundlage bilden einheitliche, transparente und nachvollziehbare Kriterien, die landesweit gelten.

Begründung: Ohne soziale Kompetenzen ist ein harmonisches gesellschaftliches Zusammenleben nur schwer möglich. Im Beruf, in der Gesellschaft und in persönlichen Beziehungen sind soziale Kompetenzen unverzichtbar. Trotzdem merken viele Schüler:innen nach Abschluss der Schullaufbahn: Teamfähigkeit, Kommunikation, Konfliktlösung und Übernahme von Verantwortung wurden ihnen in der Schule nicht vermittelt. Schulische Leistungsbewertung bildet ab, was Bildung für relevant hält. Solange in der Benotung nahezu ausschließlich fachliches Wissen zählt, vermittelt Schule: Der Umgang mit anderen spielt keine Rolle. Einheitliche Kriterien sind dabei entscheidend, um Willkür zu verhindern und Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

06

Politisierung durch Bildung und Engagement stärken

Forderung: Politische Bildung muss fächerübergreifend im Schulalltag verankert und durch praxisnahe Elemente ergänzt werden. Schüler:innen sind umfassend über ihre Rechte aufzuklären und bei Bedarf für Veranstaltungen der politischen Bildung freizustellen. Wir sprechen uns zudem für eine stärkere Behandlung von Wahlprozessen im Unterricht und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre aus.

Begründung: Schüler:innen müssen frühzeitig befähigt werden, demokratische Prozesse zu verstehen und aktiv im Alltag an ihnen teilzunehmen. Deshalb muss politische Bildung durch praxisnahe Elemente wie aktuelle politische Themen und Begegnungen mit politischen Akteur:innen ergänzt werden. Gerade in einer Zeit, in der demokratiefeindliche Kräfte an Einfluss gewinnen, kann politische Bildung kein Luxus sein, sondern Pflicht. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist dabei konsequenter Ausdruck des Anspruchs, junge Menschen als politische Subjekte ernst zu nehmen.

07

Gesundheitsbildung fächerübergreifend verankern — physisch und systemisch

Forderung: Gesundheitsbildung ist verbindlich und fächerübergreifend im Schulalltag zu verankern. Ergänzend sind Workshops mit medizinischen Fachkräften und Einblicke in Versorgungsstrukturen als Unterrichtselemente zu etablieren.

Begründung: Schüler:innen müssen frühzeitig befähigt werden, ihre körperliche Gesundheit zu verstehen und sich im Gesundheitssystem sicher zu orientieren. Dazu gehören insbesondere Kenntnisse über Prävention, Erste-Hilfe-Maßnahmen sowie die Funktionsweise des Gesundheitssystems. Denn wer als junger Mensch versteht, wie Krankenkassen funktionieren, was Prävention bedeutet und wann welche Anlaufstelle die richtige ist, trifft bessere Entscheidungen für die eigene Gesundheit — ein Leben lang. Ziel muss es sein, Gesundheitskompetenz zu stärken, Eigenverantwortung zu fördern und bestehende Zugangsbarrieren abzubauen.

08

Gesetzliche Personalschlüssel von 1:1.000 in der Psychologie und 1:150 in der Sozialarbeit verbindlich umsetzen

Forderung: Diese Fachkraft-Quoten sind verbindlich umzusetzen und alle Stellen sind zu entfristen.

Begründung: Schulpsycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen spielen eine zentrale Rolle in der Verbesserung der psychischen Gesundheit von Schüler:innen. Allerdings können sie ihr Potenzial aufgrund mangelnder Kapazitäten aktuell kaum ausschöpfen — sie können in erster Linie nur auf akute Krisen reagieren, statt präventiv tätig zu werden. Prävention ist jedoch wirksamer, günstiger und menschlich gebotener als Krisenintervention. Die Entfristung aller Stellen ist Grundlage für Kontinuität, Vertrauen und nachhaltige Wirksamkeit. Begleitet werden muss dies von einer gesunden Schulkultur, die sich auch in der Lehrer-Schüler-Kommunikation widerspiegeln muss.

Die zentrale Aufgabe von Schule ist es, Schüler:innen zu befähigen, ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in einer sich wandelnden Gesellschaft zu führen. Um dies effektiv umsetzen zu können, müssen Zukunftscompetenzen gezielt gelehrt und gefördert werden. Die dargestellten acht Maßnahmen zeigen einen Anfang des kompetenzorientierten Lernens, indem sie lebensrelevante Fähigkeiten in den Mittelpunkt rücken. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ist es unerlässlich, sowohl Inhalte, als auch Prüfungsformate und Bewertungsmaßstäbe weiterzuentwickeln. Nur so kann Schule der Lebensrealität der Gegenwart und Zukunft gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Eschel Ewert

Landesschüler:innensprecher der Gymnasien in Schleswig-Holstein